

Herrn Landrat  
Dr. Olaf Gericke  
Kreis Warendorf  
Waldenburger Str. 2  
48231 Warendorf

**Kreistagsfraktion**  
**Fraktionsvorsitzender**

Guido Gutsche  
Homanns Kämpe 17 b  
59320 Ennigerloh  
Tel.: 02524-4870  
mobil: 0170-3114670  
e-Mail: ggutsche@aol.com

[www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de](http://www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de)

03.03.2016

**Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu den Sitzungen  
des Kreisausschusses und des Kreistages am 04.03.2016**

**zum Tagesordnungspunkt  
„Genehmigung weiterer Planstellen wegen gestiegener Flüchtlingszahlen“**

Sehr geehrter Herr Dr. Gericke,

das Jobcenter hat in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 25.02.2015 die Situation im Zusammenhang mit der Betreuung und Integration von Flüchtlingen dargestellt.

Im Jahr 2015 sind über 380 Bedarfsgemeinschaften in den SGB II-Bezug gekommen, in den ersten beiden Monaten 2016 waren es bereits 41 Bedarfsgemeinschaften.

Der Haushaltsplan 2016 sieht SGB II-Leistungen für zusätzlich 250 Flüchtlings-Bedarfsgemeinschaften vor. Ausgehend von der bisherigen Entwicklung der Flüchtlingszahlen in 2016 rechnet das Jobcenter mittlerweile mit mindestens 650 Bedarfsgemeinschaften.

Außerdem bereitet sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell auf weitere Flüchtlinge vor, so dass damit zu rechnen ist, dass Mitte bis Ende 2016 eine Vielzahl von Asylanträgen bearbeitet und beschieden sein wird und damit deutlich mehr Flüchtlinge ins SGB II kommen als bisher.

Für den Stellenplan 2016 konnte diese Entwicklung noch gar nicht berücksichtigt werden, weil bis zum Schluss der Haushaltplanberatungen noch nicht genau feststand wie hoch die Bundesmittel für die Bewältigung des Flüchtlingszustroms sein würden.

Wie vom Jobcenter berichtet, könnten nun aus einer 1. Tranche an Mitteln für Verwaltungskosten, die der Bund für die Betreuung der Flüchtlinge bereits zur Verfügung gestellt hat, zwölf zusätzliche Stellen finanziert werden. 15,2 % der Kosten müsste der Kreis tragen.

In der Beratung im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit wurde von den Mitgliedern erörtert, ob nicht aus folgenden Gründen über die von der Verwaltung vorgeschlagenen sechs zusätzlichen Stellen hinaus die Bundesmittel vollständig für die Personalausweitung im Jobcenter genutzt werden sollten:

- Die Mitarbeiter/innen des Jobcenters arbeiten bereits heute an ihrer Belastungsgrenze. Der Krankenstand im Jobcenter ist höher als in der übrigen Kreisverwaltung. Daher ist wichtig rechtzeitig ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen, um den Druck nicht zu erhöhen.
- Personalauswahlverfahren bis hin zur Dienstaufnahme eines ausgewählten Bewerbers nehmen oft mehrere Monate - bis zu einem halben Jahr - in Anspruch.

- Es muss von einer Einarbeitungszeit für Mitarbeiter/innen, die noch nicht im SGB II tätig waren, von einem Jahr ausgegangen werden.
- Aufgrund der Flüchtlingssituation suchen alle Jobcenter nach geeignetem Personal und die Konkurrenzsituation bei der Personalgewinnung wird sich weiter verstärken.

**Aus den genannten Gründen beantragt die CDU-Kreistagsfraktion, zwölf außerplanmäßige Stellen im Stellenplan 2016 für das Jobcenter einzurichten.**

Mit der zeitgerechten und notwendigen Personalaufstockung soll zum prognostizierten Zeitpunkt des massiven Anstiegs von Bedarfsgemeinschaften ein vertretbarer Beratungsschlüssel bereitgehalten werden, der dem damit verbundenen Kostenanstieg im Kreishaushalt entgegenwirken soll. Dieses dient letztlich auch der Entlastung unserer Städte und Gemeinden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Guido Gutsche  
-Fraktionsvorsitzender-

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Astrid Birkhahn  
-stellv. Fraktionsvorsitzende-